

gebracht worden sind, ja — wer aber hilft uns? Wo erheben sich die, welche unser verlorenes Privatvermögen entschädigen wollen? Wird der Glaube an das Recht nicht ebenso erschüttert, wenn der Staat sich kraft eigener Vollmacht seiner Schulden ledig macht und schließlich von allen seinen Volksgenossen bedrängt, ein lumpiges Almosen auf den Tisch des Dankes als Aufwertung zu werfen? Diesen Leuten, deren Verbitterung nur allzuverständlich ist, kann man gleichwohl eine Antwort geben, die keinen Widerspruch vertritt: Gerade ihr allein hilflos, auf die selbstlose Liebe eurer Nächsten angewiesenen Menschen solltet eure Stimme am lautesten erheben, daß nun endlich Einhalt geboten wird dieser „Umwertung aller Werte“, an der nur die politischen „Zwischenhändler“ verdienen, denen eure Not am wenigsten zu Herzen geht. Ihr wißt, was es heißt, am Ende des Lebens zum Bettelstabe zu greifen — und wißt wirklich, daß andere, die ohne ihre Schuld diese bittere Erfahrung noch härter treffen muß als euch, völlig bis aufs Hemd ausgetümpelt werden? So vollständig, daß nicht einmal der Wetteilfennig der Aufwertung mehr für sie in Frage kommt? Und wenn ihr schon den Rücken wegen ihrer Reichümer juckt, obwohl diese Menschen genau nur ihre Pflicht auf dem ihnen vom Schicksal umstrittenen Gebiete getan haben, fahlet ihr nicht wenigstens für die Hunderte von anderen verantwortlich, deren wirtschaftliches Schicksal mit dem ihrer Herrren unlöslich verknüpft ist und die, wenn morgen die Fürsten enteignet würden, übermorgen vor dem Nichts stünden?

Dieses Volksbegehren, das nicht zum Wohl sondern zum Wehe des deutschen Volkes eingeleitet worden ist, dessen geistige Väter die Jaren-Wörter und Entleerter des russischen Bürgerkriegs gewesen sind, stellt das deutsche Volk vor eine Probe auf seine moralische Widerstandskraft. Die Probe zu bestehen sollte nicht schwer sein, weil jeder nur auf seine innerste vorurteilslose Stimme zu hören braucht, um das Richtige zu tun. Alle großen Parteien des Bürgerkriegs, das

Zentrum nicht zulezt, warnen ihre Anhänger vor der Eintragung in die angelegten Listen, und wenn die Demokraten in letzter Stunde aus der Front ausbrechen wollen, so beweisen sie nur aufs Neue, daß ihre Stimme ausfällt, sobald es sich um Entscheidungen höher Unparteilichkeit handelt. Wer noch einen Funken ritterlichen Sinnes besitzt, wird es ablehnen, das Recht einer verschwindenden Minderheit mit dem Knäuel der Willkür totzuschlagen — einzig deshalb, weil er sich dabei die Taschen vollstopfen zu können glaubt. Die Opfer der Enteignungsfrage — das ist beinahe notwendig, einmal hervorzuheben — sind ja gar keine „Monarchen“ mehr! Sie sind Privatleute wie Müller und Schultze — und wie würden sich diese Wiederwärtler mit Recht entrufen, wenn morgen zwölf Millionen kommen und sie groß zum dauernden Verlassen ihrer Wohnung aufforderten, ja, ihnen nicht einmal die Mithrasmedaille des Späterkoms gestattet! Das und nichts anderes bedeutet die Fürstenteilung. Es geht eben nicht um Monarchie oder Republik, nicht um Kapitalismus oder Sozialismus, nicht um links oder rechts und auch nicht um Gnade oder Vergeltung, sondern

einzig um Recht oder Unrecht!

Daß dieses Recht, das schließlich doch triumphieren wird, sein formales ist, das den heutigen Begriffen zuwiderläuft, dafür sorgen die Parteien zurzeit in angestrengter Arbeit für das Fürstensondergericht. Sie werden nach dem Grundfab verfahren: Keinen Pfennig zu viel! — Darauf kann sich das Volk verlassen! Seine Sache ist es, dafür zu sorgen, daß ihm in seinen Volksgenossen, und seien es einstige Fürsten, keine Gewalt angetan wird. Daher weg mit dem Volksbegehren und her mit dem Gesetz, das nicht hoch und niedrig, arm und reich, sondern einzig und allein Recht und Unrecht kennt!

Wer das will, und sein guter Deutscher kann etwas anderes wollen, trage sich deshalb unter keinen Umständen in die Liste für das Volksbegehren ein!

Gegen das Fürstenberaubungs-Volksbegehren!

Die Parole von den Deutschnationalen bis zum Zentrum.

Berlin, 3. März. Die Zentrumskritik des Reichstags erklärt laut „Germania“ eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: „Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenbesitzern eignet sich nicht zu einem Volksentscheid. Das im Volksbegehren geforderte Gesetz steht mit den Grundsätzen der Reichsverfassung in unlöslichem Widerspruch. Zur Verhinderung einer gerechten Lösung soll vom Reichsgericht ein Sondergericht gebildet werden. In diesem Sondergericht werden auch Voten in ausreichender Zahl mitzuzahlen haben.“ Die Kundgebung schließt mit der Aufforderung an die Zentrumswähler, ihre Namen nicht in die Listen für das Volksbegehren einzutragen.

Berlin, 3. März. Wie das Zentrum, so hat auch die Deutsche Volkspartei die Parole ausgearbeitet, sich nicht in die Listen für das Volksbegehren einzutragen. Was die Stellung der Deutschnationalen zum Kompromiß anlangt, so hören wir darüber, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion ihrerseits trotz aller prinzipieller Bedenken natürlich demüthigt sein wird, den Gesetzentwurf nach Möglichkeit zu verbessern. In der Gestalt der ersten Lesung sei der Kompromißentwurf nicht annehmbar. Er schließt nicht das Privatvermögen. Er stelle die bereits abgeschlossenen Auseinandersetzungen in Frage und wolle die Entscheidung einem Sondergericht übertragen, das als neutral nicht ansprochen werden könne.

Zu dem großen Geklärr in der Vorkpresse darüber, daß einige Amtsinhaber das Material für das Volksbegehren zurückgehalten haben, ist noch festzustellen, daß das Reichsarchiv parteilichste Material enthielt, dessen Annahme mit Recht verweigert werden dürfte.

Die Ablehnung des Volksbegehrens durch das Zentrum hat der den Demokraten ziemlich lebhaften Unwillen ausgelöst, dem heute das demokratische „A. T.“ Ausdruck gibt, indem es erklärt, man hätte im Zentrum warten können, bis das Ergebnis der zurzeit im Gange befindlichen Besprechungen zwischen den Parteien über die neue Fassung des Kompromißvorschlages vorliege. Selbstverständlich könne durch die Fassung des Zentrums die Haltung anderer Parteien hinsichtlich des Zentrums in keiner Weise beeinflusst werden.

München, 3. März. Der Vorstand der Bayerischen Volkspartei fordert in einem längeren Aufruf die Parteimitglieder auf, sich nicht in die Listen für das Volksbegehren der Sozialdemokraten und Kommunisten auf entscheidungslöse Zustimmung der Parteien einzutragen. Die Vorhandlung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes hat in ihrer letzten Sitzung übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß das geforderte Volksbegehren durch die Verträge Bauern mit dem gamle Mittelstand u. b. e. h. o. t. sei.

Sozialdemokratie und Fürstenteilung.

Berlin, 3. März. Der sozialdemokratische Parteivorstand erklärt einen Aufruf zum Volksbegehren. Es wird darin gesagt, es gehe darum, der monarchistischen Reaktion einen entscheidenden Schlag zu versetzen, und in dem größten Abwehrkampf, den die Welt erlebt habe, die Kraft der sozialdemokratischen Partei zu beweisen. Es gehe darum, die Grundlagen der Demokratie zu

sichern, von denen allein ein Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus möglich sei.

Es liegt ein bemerkenswertes geistiges Armutszeugnis darin, wenn man der sogenannten „monarchistischen Reaktion“ nur durch schweren Rechtsbruch einen „entscheidenden Schlag“ verfehlen kann. Glaubt man nur auf dieser so morschen und ansehbaren Basis die „Grundlagen der Demokratie“ sichern zu können, so spricht dies dieser Demokratie selbst das Urteil. Die Kraft der sozialdemokratischen Partei“ wird hierdurch lediglich erwiesen als sprechlos, überste Demagogie, als die billige Abspaltung niedriger Instinkte, der zugleich der Maske innerer Unwahrscheinlichkeit anhaftet, da die verantwortlichen Führer genau wissen, daß dieses Abfertigungsmandat der Fürstenteilung mit dem Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus gar nichts zu tun hat. Alles in allem offenbar die Faltung der Sozialdemokratie den gänzlichsten Mangel schöpferischer neuer Ideen. Diese geistige Banalität erklärt, daß das Fundament der Sozialdemokratie feinstichig, gefährlich unhaltbar ist, ein Boden, auf dem für die Zukunft nichts zu erwarten ist, weder für den Aufstieg der Massen, noch für den Aufstieg unseres Vaterlandes.

Engere Fühlungnahme der Parteien mit der Regierung.

Ein Minister ohne Vorzeichen als „Verbindungsoffizier“?

Berlin, 3. März. Die heutige Besprechung des Reichskanzlers Dr. Brüning mit den fraktionsvorstehenden der Regierungsparteien hatte das Ergebnis, daß ein interfraktioneller Ausschuss gebildet werden soll, um eine engere Fühlungnahme der Parteien mit der Regierung zu ermöglichen. Von demokratischer Seite war vorgeschlagen worden, einen Minister ohne Vorzeichen zu ernennen, der sich fortlaufend mit den Regierungsparteien über alle politischen Fragen in Verbindung zu setzen habe. Der „Volks. An.“ zufolge soll der Reichskanzler angefragt haben, diese Anregung zu erwägen.

Über die Besprechungen mit dem Kanzler verläutet, daß dabei der Zwischenfall im Hauptauschuss des Reichstags, der durch die Rede des Reichsinnenministers über die republikanische Gestaltung der Beamten hervorgerufen worden war, besprochen wurde, außerdem die Behandlung der dem Reichstag bereits zugegangenen Gesetze zur Steuererleichterung und vor allem die Frage der Fürstenteilung. Die Besprechungen zwischen den Regierungsparteien über das Kompromißgesetz haben bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt. Die Ansichten der Demokraten und der übrigen Regierungsparteien stehen einander scharf gegenüber, besonders nachdem auch das Zentrum in seinem offiziellen Aufruf sich gegen das Volksbegehren gewandt hat. Man nimmt an, daß die Verhandlungen kein Ergebnis haben werden, ehe nicht der Reichskanzler aus dem Aufschub zurücktritt, da wahrscheinlich nur durch das Eingreifen der Regierung eine Einigung der Parteien in dieser Frage sich wird erzielen lassen.

Demgegenüber wollen die Demokraten darauf dringen, daß die zwischenparteilichen Verhandlungen über die Frage der Fürstenteilung unter Beteiligung der Reichsregierung möglichst noch in dieser Woche zu Ende geführt werden. Der Grund für dieses plötzliche Drängen liegt auf der Hand. Die Demokraten wollen ihre sozialdemokratischen Freunde nicht im Stich lassen und daher den Anschluß an das Volksbegehren nicht verpassen.

Eine deutsche Protestnote an Polen.

Gegen die polnische Deutschenhege.

Berlin, 3. März. Der deutsche Gesandte in Warschau hat am 1. d. M. im Auftrag der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in der gegen die allseitige polnische Kampagne, wie sie sich aus Anlaß der letzten Deutschenverhaftungen in Ost-Oberschlesien, insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Katowitz richtet, hat und anderen richter, scharfster Einspruch eingelegt wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß trotz der auf entsprechend ernste Vorstellungen des deutschen Generalkonsulats erfolgten Versprechungen des Katowitzer Gemeinderates Abhilfe nicht geschaffen wurde und daß der deutsche Generalkonsul weiter den Freizeitangriffen, die ihm in dürren Worten Spionageverbrechen vorwarfen, ausgesetzt blieb. Es ist in der Note auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Ortsbehörden sehr wohl in der Lage waren, diesen allen internationalen Gesetzen widersprechenden Ton der Presse zu mahnen. Seien doch gleichzeitlich mehrfach deutschsprachige Zeitungen wegen Auslassungen beschlagnahmt worden, die an dem Vorgehen der polnischen Polizei Kritik übten. (B. T. N.)

Kundgebung der Tiroler Landsmannschaft.

Innsbruck, 3. März. Die Tiroler Landsmannschaft hat an die Nationalräte sowie an den Bundesminister Troler und an den Landesoberhauptmann Dr. Stumpf eine längere Kundgebung gerichtet, in der es u. a. heißt: Das Volk von Tirol, ohne Unterschied der Partei, verlangt, daß der Reichsregierung, aus diesen Ausdrücken gebrauchte bei Vermeidung jeder Umdeutung, ferne daß der Bundeskanzler in allen derartigen Fällen, wo es sich um Tirol so tief verdringende Angelegenheiten handelt, vorher mit der Landes-

regierung oder doch zumindest mit dem Landesoberhauptmann von Tirol sich in Einklang nehmen soll. Wir appellieren dringend an alle Tiroler Nationalräte, Kritik bei der Beurteilung derartigen Fragen die heillosen Gefühle der Tiroler nicht außer acht zu lassen und sich mehr an die Stimme unseres Volkes als an die leider oft unverständliche Wiener Auffassung zu halten.

Wien, 2. März. Wie gemeldet wird, ließ sich am Sonntag auf dem Innsbrucker Hauptbahnhof eine Abteilung italienischer Eisenbahner, die in Innsbruck dienstlich beauftragt ist, fotografieren, wobei als Hintergrund eine aufgeschlagene italienische Trikolore mit dem Wibe-Wolfsbild benutzt wurde. Alle Teilnehmer hatten das Zeichen des Faschismus angelegt. Gegenüber dem ruhigen Einspruch deutschstämmiger Tiroler Einwohner erwiderten die Italiener, Innsbruck werde sich an den Anblick der italienischen Trikolore gewöhnen müssen. (1) Dem beabsichtigten Einmarsch des Stationsvorstandes gelang es, einen tödlichen Zusammenstoß zu verhindern.

Empfang von Samels in Danzig.

Förderer der Harmonie zwischen Danzig und Polen. Danzig, 3. März. Der neue Völkerverbundskommissar Prof. van Samel, der heute vormittag hier eingetroffen und mittags vom Senat der Freien Stadt Danzig in einer außerordentlichen Sitzung empfangen worden war, empfing nachmittags die Vertreter der Danziger, der reichsdeutschen und der polnischen Presse. Er dankte den Herren der Presse für ihr Erscheinen und sagte, daß Danzig und Polen ihn als Freund betrachten müßten. Er werde stets bestrebt sein, die Harmonie zwischen Polen und Danzig zu fördern. (B. T. N.)

Nach diesen Worten wird man auf die Taten des berechtigten Deutschenlandes gewannt sein dürfen.

Vor dem Abschluß der Luftfahrerverhandlungen?

Paris, 3. März. Wie der „Excellior“ mitteilt, ist ein Abkommen in den Luftfahrerverhandlungen binnen kurzem zu erwarten. Das Abkommen wird der deutschen Industrie gehalten, alle Arten von Transportflugzeugen ohne Einschränkung in Bezug auf Motorstärke und Aktionsradius herzustellen, jedoch unter Beachtung gewisser Bestimmungen, die ihre Umwandlung in Bombenflugzeuge verhindern sollen. Die einzige Beschränkung, die Deutschland auferlegt werden soll, erstreckt sich auf Einfluggeschwindigkeit, die man als Postflugzeuge bezeichnet, die aber nur veraltete Jagdflugzeuge seien. Das Abkommen soll weitere Vereinbarungen zwischen deutschen und allierten Gesellschaften bezüglich des überliegenden Mitteleuropas mit sich bringen. Die in der „Excellior“-Wiedlung aufgeführten technischen Einzelheiten der Beschränkung werden von untergeordneter Seite als völlig abwegig bezeichnet. Das überliegende Mitteleuropas ist ferner nur in der Kompensation gegen das überliegende anderer Länder unter Beteiligung des deutschen Luftverkehrs zu verstehen. (T. N.)

Die Steuermilderungen vor dem Reichsrat.

Berlin, 3. März. In der heutigen Reichsrats-Sitzung wurde der Gesetzentwurf über Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage gegen die Stimmen von Bayern und Preussens-Land bei Stimmhaltung von Baden und Thüringen angenommen. Der Gesetzentwurf legt die Umsatzsteuer vom 1. April d. J. ab auf 10 Prozent herab. Die Umsatzsteuer wird ganz befreit. Weitere Artikel des Gesetzes bringen steuerliche Erleichterungen für wirtschaftlich notwendige Betriebszusammenkünfte, also eine Ermäßigung der sogenannten Zulassungssteuer. Die Doppelbestimmung ist, daß bei Verschmelzung von Kapitalgesellschaften die Gesellschaftsteuer auf 1 Prozent ermäßigt wird. Werden Grundstücke eingebracht, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer auf 1,5 Prozent. Zuschläge zur Grunderwerbsteuer und eine Wertzuwachssteuer dürfen nicht erhoben werden.

Außerdem enthält die Vorlage Bestimmungen über Verlegungen der Zahlungstage für die Vorauszahlungen der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer sowie Bestimmungen über eine vereinfachte Erhebung der Vermögenssteuer 1926. Danach wird die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1926 nicht besonders veranlagt. Sie wird in Höhe von 1/2 des Jahressteuerbetrages für das Kalenderjahr 1925 erhoben. Die am 15. Mai 1926 vorzulegende Zahlung auf die Vermögenssteuer 1925 ist nicht zu entrichten.

Im einzelnen ist hierbei aus den Bestimmungen über die Verlegung der Zahlungstage für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer noch hervorzuheben, daß jetzt § 9 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 folgende Fassung erhält:

Bis zum Empfang eines Steuerbetrags für einen Steuerabschnitt hat der Steuerpflichtige auf die Steuer-schuld dieses Abschnitts am 10. April, 10. Juli, 10. Oktober und 10. Januar Vorauszahlungen in Höhe von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuer-schuld zu entrichten. Steuerpflichtige, die hauptsächlich Einkünfte aus Landwirtschaft beziehen, haben die Vorauszahlungen am 15. November in Höhe der Hälfte, am 15. Februar und 15. Mai in Höhe von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuer-schuld zu entrichten. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, für Betriebe bestimmter Art, insbesondere Gartenbau, andere Vorauszahlungstermine zu bestimmen.

Der mit dem 1. Januar 1925 beginnende Danneffektungszeitraum für die Festsetzung der Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 wird auf das Kalenderjahr 1926 ausgedehnt.

Gegen das gewalttätige Vorgehen der Finanzämter.

Berlin, 3. März. Das Zentrum hat eine Interpellation im Reichstage eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß die Finanzämter vielfach bei der Ver-treibung der Steuern in letzter Zeit entgegen den Aufhe-rungen der zuständigen Reichsbehörden ohne Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage unerträgliche Härten an-wenden. Durch die Zwangsverkäufe der für Steuer-schulden angefallenen Vermögensstücke werden insofern der wahren der Kaufkraft wirtschaftliche Werte an Spottpreisen ver-schleudert und gehen vielfach in durchaus unangenehme Hände über. Es wird nun gefragt, ob die Reichsregierung bereit ist, schleunigst Maßnahmen zur Abhilfe dieser unhaltbaren Zu-stände zu treffen.

Die Volkspartei beantragt die Annahme eines Ge-setzentwurfs, wonach die Vorschriften über Anrechnung der Dienstzeit auf das Beförderung- und Ruhestandsdienstalter der Militärpersonen nebst den nachträglichen Ergänzungen auch auf die während des Krieges 1914/18 im Operations- und Stoppengebiet tätigen Angehörigen der freiwilligen Krankenpflege entsprechende Anwendung finden sollen.

Die Bernkastler Verzweiflungslast.

Eine Erklärung des Winzerverbands.

Wien, 3. März. Zu den Bernkastler Vorgängen hat der Vorstand des Winzerverbands für Mosel, Saar und Ruwer eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: Furchbare Not und namenloses Elend lastet seit fast zwei Jahren die Weinbaugebiete von Mosel, Saar und Ruwer heim. Die Maßnahmen der Reichsregierung und Volksvertretung gegenüber dieser Notlage waren unzureichend. Die billigen Forderungen wurden abgelehnt. Der Steuerdruck, der von seiten einzelner Finanzämter auf die mittellose Bevölkerung ausgeübt worden ist, war hart. Das Reichsfinanzministerium hat alle Anstrengungen des Winzerverbands, die Weinbaugemeinden, die mitten im Notstandgebiete liegen, in das Notstandgebiet auf-zunehmen, entgegen den Ausführungen des Staatssekretärs Poppi im Haushaltsauschuss des Reichstages am 27. Februar 1926 immer wieder abgelehnt. Dieses alles sowie die un-gewöhnliche Einfuhr von unbegrenzten Mengen ausländischer Weine durch den Importhandel haben zusammenwirkend in der gesamten Mosel-, Saar- und Ruwerbevölkerung eine Au-ferung verursacht, die bei dem sonst ruhigen Volke ganz außer-gewöhnlich ist. Wir bedauern den Sturm auf das Finanz-amt als einen verheerenden Akt, den wir nicht entschuldigen, für dessen Beurteilung wir aber die größte Mühe beantragen müssen. Der Vorstand benutzt die Gelegenheit, um Regierung und Parlament wiederholt auf die unsagbare Not aufmerksam zu machen.

Die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden.

(Durch Funkdruck.)

Berlin, 3. März. Nach den Berichten der preussischen Handelskammern, die im Ministerium für Handel und Ge-werbe zusammengefasst sind, stellt sich die Lage von Handel und Gewerbe im Februar 1926 folgendermaßen dar:

Die Wirtschaftslage Deutschlands hat sich von ihrem Zu-stand noch nicht erholt. Die Lage des Arbeitsmarktes ist weiterhin sehr schlecht. Die Schlüsselindustrien (Stahl und Eisen) leiden nach wie vor schwer. Die Lage der Textilindustrie hat sich noch etwas verbessert. Nur einzelne Wirtschaftszweige, wie die Kolonialindustrie und das Nahrungsmitteleverzeu-gen zeigen besseren Abfluss. Die Steuererleichterungen des Reiches wird von der Wirtschaft im allgemeinen freudig begrüßt, doch wird erwartet, daß die Länder und Gemeinden ebenfalls zu Steuererleichterungen übergehen. (B. T. N.)